

J 004**DGB-Bundesvorstand**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen

Die Mitbestimmung in der Selbstverwaltung des Handwerks stärken und weiterentwickeln

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Mitbestimmung und Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in der Selbstverwaltung des Handwerks ist wichtige gewerkschaftliche Aufgabe. Ein zukunftsfähiger eigenständiger Wirtschaftsbereich Handwerk soll durch eine weitreichende Reform der Selbstverwaltung gesichert werden. Basis hierfür soll eine paritätische Arbeitnehmerbeteiligung auf der ordnungspolitischen Grundlage einer weiterentwickelten verbindlichen Handwerksordnung sein.

Der DGB-Bundeskongress fordert:

- **Die politische, organisatorische und finanzielle Entflechtung und Trennung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) und des Deutschen Handwerkskammertags (DHKT), der Spitzenorganisation der öffentlich-rechtlichen und arbeitnehmermitverwalteten Handwerkskammern.** Der ZDH – überwiegend finanziert mittels Umlageverfahren aus öffentlich-rechtlichen Handwerkskammerbeiträgen – ist einseitiges Sprachrohr von Arbeitgeberinteressen und neoliberaler Politik.
- **Die Stärkung von Innungen und Innungsverbänden als leistungsfähige Tarifpartner der Gewerkschaften im Handwerk.** Tarifpolitisch sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Handwerk aufgrund der Erosion der Innungen, Innungsverbände und der stark abnehmenden Bindekraft der Flächentarifverträge zunehmend mit Lohndumping, prekärer Niedriglohnbeschäftigung und Tariflosigkeit konfrontiert.
- **Die ersatzlose Abschaffung der einseitig Arbeitgebergeführten Kreishandwerkerschaften.** Die Kreishandwerkerschaften sind vielerorts nicht mehr leistungsfähig. Sie bilden intransparente und kostenintensive Parallelstrukturen zu den öffentlich-rechtlichen und arbeitnehmermitbestimmten Handwerkskammern.
- **Die paritätische Beteiligung (50 Prozent) der Arbeitnehmerseite an der Selbstverwaltung des Handwerks (Handwerkskammern und DHKT).** Die einseitige Privilegierung der selbständigen Meister mit zwei Dritteln der Vollversammlungssitze in Handwerkskammern ist undemokratisch, benachteiligt die Arbeitnehmerseite und unterwirft Arbeitnehmer unbillig den Arbeitgeberinteressen.
- **Die Beteiligung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Selbstverwaltung des Handwerks – d.h. neben Gesellen auch von Auszubildenden und Helfern.** Die bestehende Ungleichbehandlung von Betriebsinhabern und Beschäftigten muss beseitigt werden. Das aktive und passive Wahlrecht muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Handwerk gelten.
- **Die Stärkung der Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Selbstverwaltung des Handwerks und Übernahme von Organisation und Finanzierung durch Handwerkskammern und DHKT unter organisatorischer Einbindung der Gewerkschaften.** Erfolgreiche gewerkschaftliche Interessenvertretung setzt voraus, mit dem notwendigen Sach- und Fachwissen auf Augenhöhe verhandeln zu können.

- **Die Festlegung von Freistellungs- und Schutzrechten für Selbstverwaltungsmitglieder analog der Regelungen des BetrVG.** Aufgrund der breiten Aufgabenstellung der Selbstverwaltung im Handwerk müssen die Gremienmitglieder zur Ausübung dieses wichtigen Ehrenamtes durch die Handwerkskammern und DHKT freigestellt werden. Ferner müssen sie mit den gleichen Schutzrechten wie Betriebsräte im BetrVG ausgestattet werden.
- Für ihre Tätigkeit benötigen die Arbeitnehmervertreter umfassende Kenntnisse, Qualifikation und Unterstützung. Der DGB-Bundesvorstand setzt sich dafür ein, dass auch zukünftig die Hans-Böckler-Stiftung, als "Stiftung Mitbestimmung", Mitbestimmung in den Handwerkskammern fördert, Arbeitnehmervertreter unterstützt und qualifiziert.